

kleinrentner, die hungernden Altpensionisten des Bundes, vor allem aber die hunderttausend Arbeitslosen in dieser Stadt, werden zum ersten mal die Neuigkeit erfahren, dass die Steuer auf dem Champagner der Nachtlokale und Bars, dass die Abgabe der Heurigen, der vornehmen Restaurants und grossen Konditoreien ihre Lebenshaltung verteuert. Eben jetzt will die christlichsoziale Regierung die Zölle wieder furchtbar hinaufsetzen. Jeder Laib Brot, jedes Kilogramm Mehl soll um fünfzehn Groschen, jedes Kilogramm Fleisch um dreissig Groschen teurer werden. Das lässt den Gewerbegeossenschaftsverband kühl bis ans Herz hinan. Ihn interessieren nur die Besucher der Nachtlokale, Bars, Heurigen, die Gäste Sachers und Imperials. Für diese tritt er mit Begeisterung und Energie ein.

Den Gewerbegeossenschaftsverband bedrückt es nur, dass die Konzerlokale eine höhere Abgabe bezahlen müssen, als die Revuetheater. Gleichstellung dieser beiden Kategorien ist seine zweite Forderung.

Die dritte lautet: Aufhebung der Fremdenzimmerabgabe. Auch hier ohne jede Einschränkung. Das sind die drei grossen Steuerforderungen, die der Geossenschaftsverband erhoben hat. Steuerfreiheit für die Nachtlokale, Bars, Heurigen, für Sacher und Hotel Bristol. Steuerbegünstigung für die Konzertlokale. Unbedingte und gänzliche Steuerfreiheit für die Stundenhotels. Nur das kann den Wiener Gewerbetreibenden helfen.

Wenn das alles aber nichts nützen sollte, wenn die Möglichkeit billiger zu champagnisieren keine Hilfe bringt, dann erwartet der Geossenschaftsverband die Rettung von seiner anderen grossen Forderung: Die sofortige Einstellung aller Gemeindebauten. Würde diesem Verlangen entsprochen werden, so sind weitere fünfzigtausend Menschen arbeitslos. So viel machen nämlich die ganzjährigen Löhne aus, die durch die Wohnhausbauten der Gemeinde aus Rollen kommen. Fünfzigtausend Familien würden in das schreckliche Elend der Arbeitslosigkeit versinken. Die Gewerbetreibenden, die Kaufleute müssten mit Entsetzen sehen, wie ein grosser Teil ihrer bisherigen Kunden alle Kaufkraft verliert. Ein Arbeiter kann keine Kleider, Wäsche, Schuhe oder irgendwelchen Hausrat kaufen. Er hört auch, von einer kleinen Zahl von Leichtsinigen abgesehen, auf Besucher eines Gast- und Kaffeehauses oder Kinos zu sein. Alle Gewerbetreibenden spüren es heute schon bitter, welchen Entgang an Geschäften die Arbeitslosigkeit für sie bedeutet. Der Geossenschaftsverband will noch eine weitere furchtbarere Steigerung. Ihn bekümmern auch nicht die Wohnungslosen, die seit Jahr und Tag darauf harren, endlich eine menschenwürdige Wohnung zu erhalten. Der Geossenschaftsverband sieht in den Gemeindebauten lediglich das wirkliche Mittel zur Aufrechterhaltung des Mieterschutzes. Darum verlangt die Einstellung der Gemeindebauten. Aufhebung des Mieterschutzes! Das ist in Wirklichkeit jenes Verlangen, das sich hinter der Forderung nach Einstellung der Gemeindebauten versteckt. Die Gewerbetreibende die nicht Hausbesitzer sind, können aus dem Budapest Beispiel lernen, wohin ungeheures Elend bis zur völligen Vernichtung ihrer bescheidenen Existenz über sie heraufbeschworen werden soll. Der Gewerbegeossenschaftsverband ist eine Zwangsvereinigung, der alle Geossenschaften angehören müssen. Das allein müsste den Verband bestimmen, sich vom politischen Kampf fernzuhalten. Bis zur Wahl des christlichsozialen Gemeinderates Elend ist dies auch der Fall gewesen. Die jetzige Leitung gibt diese Neutralität auf. Sie beginnt den politischen Kampf. Damit trägt sie aber auch den Kampf in jede einzelne Geossenschaft. Dies, obwohl gerade in den letzten Tagen das Gremium der Hoteliers die Hetze gegen das Rathaus verurteilt hat. In jeder Geossenschaft wird die Frage aufgeworfen werden, ob die Wiener Gewerbetreibenden den wirklich keine andere Sorge haben, als die Steuerfreiheit der Nachtlokale und Bars und der Stundenhotels. Die Gewerbetreibenden müssen sich klar werden, ob sie die Einstellung der Gemeindebauten, die Vermehrung der Arbeitslosigkeit, die Vernichtung der Kaufkraft ihrer gegenwärtigen Kunden- und <sup>und</sup> schaft als eine weitere Folge die Aufhebung des Mieterschutzes wünschen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl H o n a y

81  
Zweite Ausgabe:

Wien, Montag, den 7. März 1927.

Meine Antwort an den Gewerbegeossenschaftsverband.

Von Stadtrat Hugo Breitner.

In Form eines offenen, in den Tagesblättern veröffentlichten Briefes verlangt der Wiener Gewerbegeossenschaftsverband eine Antwort auf jene Entschliessung, die eine Anzahl Wiener Gewerbetreibender am 24. Jänner in der Volkshalle gefasst hat. Hier liegt wirklich ein Versäumnis vor. Es ist nämlich nicht einzusehen, weshalb diesem Kreise von Gewerbetreibenden die Schande der gebührenden Antwort vor aller Öffentlichkeit erspart bleiben soll.

An der Spitze der am 24. Jänner überreichten Entschliessung steht das Verlangen nach Abschaffung der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe. Wie schon die Reihung zeigt, ist dies die Hauptforderung. Und wohlgermerkt: Nicht etwa eine andere Gestaltung oder eine Ermässigung oder eine andere Einhebungsform wird gefordert, so dass man über den Gegenstand sich irgendwie ernsthaft auseinandersetzen könnte. Nein! Die Herren haben nur ein einfaches Wort: Aufhebung. Es ist <sup>also</sup> angeblich der allerdringendste Wunsch der Wiener Gewerbetreibenden das restlos Verschwinden der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe. Es wird ernsthaft als die grösste Sorge der Wiener Gewerbetreibenden erklärt, dass die Nachtlokale und Bars künftighin völlig steuerfrei sein müssen. Der Champagner soll billiger werden! Das ist es, was nach der Meinung des Gewerbegeossenschaftsverbandes den Wiener Gewerbetreibenden nützt, was ihnen allein helfen kann. Zehntausende kleine brave Wiener Gewerbetreibende, die Schuhmacher, Schneider, Tischler, Spengler, Anstreicher, Drechsler, Pfaidler, Lebensmittelhändler <sup>impro</sup> wissen gar nicht, wie ein Nachtlokal, eine Bar aussieht. Sie sind froh, wenn sie ihre Familien ehrlich ernähren können. Mit Staunen und Enttäuschung werden sie erfahren, dass der Geossenschaftsverband nicht dulden will, dass der Champagner in den Nachtlokalen und Bars durch eine Gemein <sup>abgabe</sup> be verteuert wird. Die Verbilligung des Champagners fordert der Geossenschaftsverband stürmisch als die wichtigste Massnahme zur Linderung des Nostandes des Wiener Gewerbes. Der Geossenschaftsverband hätte gar nicht sagen sollen, wenn sich die Gemeinde die notwendigen Einnahmen, wie unter der früheren Verwaltung durch eine Verteuerung der Mietzins, durch eine <sup>Ver</sup> zehrungssteuer, durch Gewinne bei der Strassenbahn, dem Trinkwasser, <sup>bei</sup> Gas und Strom holt. Dem Geossenschaftsverband bereitet nur die Steuer der Nachtlokale und Bars <sup>Kummer</sup>. Jenen Herrschaften die sich dort bis zum Morgengrauen amüsieren, darf der Champagner nicht zugunsten der Gemeinde um fünfzehn Prozent verteuert werden. Das hält der Geossenschaftsverband einfach für unerträglich.

Die Heurigen müssen nach seiner Meinung steuerfrei werden. Von Sacher, von den Restaurants im Hotel Imperial, Grand Hotel, Hotel Bristol, von den Konditoreien Demel und Gerstner soll auch nicht die geringste Abgabe mehr eingehoben werden! So lautet die Forderung des Gewerbegeossenschaftsverbandes. Weil sie noch nicht erfüllt worden ist und nicht erfüllt werden wird, kündigt der Gewerbegeossenschaftsverband den schärfsten Kampf an. Das ist nicht eine tendenziöse Entstellung, sondern die lautere Wahrheit. Ausdrücklich fordert die Entschliessung die "vollständige" Aufhebung der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe, "weil diese Abgabe eine Verteuerung der Lebenshaltung aller Bevölkerungsschichten nach sich zieht." Die Arbeiter und Angestellten, die Kleingewerbetreibenden und Kleinkaufleute, die Aerzte, Künstler, Gelehrten, die

## Zweiter Bogen.

Der Genossenschaftsverband verliert kein Wort über jene neunzig Millionen Schilling Steuergelder, die die christlichsoziale Bundesregierung der Zentralbank der deutschen Sparkassen eigenmächtig zur Verfügung gestellt hat und die jetzt von allen Sparern und Kreditnehmern in Oesterreich zwangsweise zurückgezahlt werden müssen.

Der Genossenschaftsverband spricht nichts über jene 110 Millionen Schilling, die die unter der Aufsicht der Regierung stehende Postsparkasse in wahnwitzigen Frankenspekulationen verlüdert hat und die jetzt der Bund, das heisst die Gesamtheit der Steuerträger, ersetzen muss.

Der Genossenschaftsverband schweigt völlig über jene 27 Milliarden Kronen, die der christlichsoziale Bundesfinanzminister Dr. Kienböck dem Börsenspieler Bosel zu 36 Prozent Zinsen geliehen hat und die der Bund jetzt samt den Zinsen einbüsst. Für die Gewerbetreibenden hat der Bund nie Geld gehabt. Dem Herrn Bosel wurden die Milliarden bereitwilligst zur Verfügung gestellt, da hat auch der Antisemitismus gar kein Hindernis gebildet.

Der Genossenschaftsverband spricht nicht über die Erwerbung Einkommensteuer, nicht über die Warenumsatzsteuer, die das Gewerbe wahrhaftig schwerer bedrücken, als die Steuer auf dem Champagner und die Stundenhotels. Es soll offenbar nicht daran erinnert werden, dass das keine Gemeindesteuern, sondern Bundessteuern sind, auf deren Handhabung die Gemeinde keinen Einfluss hat.

Um diese Dinge kümmert sich der Genossenschaftsverband nicht. Er hat andere, grössere Sorgen. Er muss die Besucher der Nachtlokale, der Bars, des Sacher, der Stundenhotels beschirmen und beschützen. Er muss die Fortführung der Wohnhausbauten der Gemeinde bekämpfen, damit die Bahn frei wird für die Aufhebung des Mieterschutzes, zur Ausbeutung von 620.000 Mietern zugunsten einer kleinen Schar von Hausbesitzern.

Der Gewerbe-genossenschaftsverband und die mit ihm verbündeten ähnlichen Korporationen haben noch die Kühnheit, eine ausdrückliche Antwort auf ihre Forderungen zu verlangen. Die grosse Masse der Wiener Gewerbetreibenden, die keine Hausbesitzer, keine Besucher von Nachtlokalen und Bars, keine Gäste des Sacher sind, sie werden verbündet mit dem werktätigen Volke von Wien am 24. April die richtige Antwort geben!